

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Heilige Zeitung des Bezirks

Amtshblatt

für die Amtshauptmannschaft, das Amtsgericht
und den Stadtrat zu Dippoldiswalde

Bezugspreis: Vierteljährlich 3 Mark ohne Zu-
tragen. — Einzelne Nummern
10 Pf. — Herausgeber: Amt Dippoldiswalde Nr. 3.
Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postcheck-
konto: Leipzig 12548.

Anzeigenpreise: Sechsgeschossiges Korpuszelle
20 Pf., außerhalb der Amts-
hauptmannschaft 25 Pf., im amflichen Teil (nur
von Behörden) 70 begin. 75 Pf. — Gingeand und
Reklamen 70 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 275

Sonnabend den 29. November 1919

85. Jahrgang

Auf Blatt 103 des heiligen Handelsregisters, betr. die Firma C. B. Leicher Nachf. Metallwarenfabrik Dippoldiswalde i. Sa. ist heute eingetragen worden: Die Firma lautet nunjig C. B. Leicher Nachf. Metallwarenfabrik Dippoldiswalde Hoder und Böck; der Inhaber August Balzer ist ausgetreten. In das Handelsgeschäft sind als

persönlich bestehende Gesellschafter eingetreten der Betriebsleiter Richard Alfred Hoder und der Drechslermeister Richard Willi Böck, beide in Dippoldiswalde. Die Gesellschaft ist am 20. November 1919 errichtet worden.
1 A Reg 36 c/9.

Amtsgericht Dippoldiswalde, am 27. November 1919.

Viertliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Der Stadtrat hat beschlossen, als Ausnahme-Sonntage, an denen besondere Verhältnisse einen erweiterten Geschäftsverkehr erforderlich machen, die folgenden Sonntage zu bestimmen: die beiden Jahrmarkts-Sonntage, den Vogelschichtsonntag und die 3. Sonntage vor Weihnachten über kommende Sonntag ist also kein Ausnahme-Sonntag. An den Ausnahmesonntagen dürfen alle Verkaufsstellen von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags geöffnet sein. An Wochentagen müssen gesetzlicher Bestimmung aufsorge alle Verkaufsstellen von 7 Uhr abends bis 7 Uhr morgens geschlossen sein; nach 7 Uhr abends, jedoch nicht länger als bis 9 Uhr abends, dürfen Verkaufsstellen an jährlich höchstens 20 von der Ortspolizeibehörde zu bestimmenden Tagen für den geschäftlichen Verkehr offen gehalten werden. In Dippoldiswalde sind diese Ausnahme-Wochentage die folgenden: die letzten drei Wochentage vor Ostern, die letzten drei Wochentage vor Pfingsten und die letzten 14 Wochentage vor Weihnachten.

Am kommenden Sonnabend hält der Militärverein hier im Schützenhaus sein Stiftungsfest, bestehend in musikalischen und gesanglichen Darbietungen, Theater und Tanz. Beginn ist auf 7 Uhr festgelegt. Mitglieder müssen Vereinszeichen tragen, geladene Gäste Eintrittskarten vorzeigen.

Lichtspiele. Zu denselben wie o. uns geschrieben: "Die sich verkaufen" bezieht sich der gewallige Film von Rich. Oswald, welcher am Sonnabend und Sonntag vorgeführt wird. Der Zyklus, den Oswald hier fortsetzt, erhebt sich mit seinem Inhalt zu wirklich ethischer Bedeutung, und die Vorwürfe objektiver Abhängigkeit oder einer Spekulation auf die erotischen Gefüge der breiten Masse werden nun wohl ganz verfließen. So ergibt das Zusammenwirken von Kunst und Technik ein hervorragendes Erzeugnis deutscher Leistungsfähigkeit. Sonntag nachmittag findet eine Kindervorstellung mit guigewähltem Programm statt."

Mit dem 1. Januar tritt eine neue bedeutende Erhöhung des Preises für Druckpapier ein, der damit das Zehnfache des Friedenspreises erreichen wird. Selbstverständlich muß insgesamt auch eine entsprechende Erhöhung des Bezugspreises der Zeitungen eintreten.

Obercaldorf. Nachdem auch der heilige Schulvorstand nach dem gegenwärtigen Schulgesetz neu zusammengesetzt ist, gehören demselben folgende Herren als Mitglieder an: Erbgerichtsbeisitzer Gemeindevorstand Johann Döhrner, Lehrer Max Mäde, Lehrer Hugo Röhne, Gemeindebeisitzer Ernst Flemming, Mühlengeschäftsführer Emil Alemann, Rundschlesier Walter Straub, Drechslermeister Ernst Handrich, Gutsbesitzer Ernst Böhme. Zum Vorsitzenden wurde Herr Lehrer Mäde, zum Stellvertreter Herr Gemeindebeisitzer Flemming gewählt.

Hermendorf (Erzgeb.). Um Freitag vor dem Totensonntag stellt hier Herr Baurat Wenzel vom Ministerium des Innern einen eindrucksvollen Lichtbildvortrag über "Friedhofskunst und Kriegerehrung". Er sprach zunächst von den Grabdenkmälern und verlangte von ihnen, daß sie in stimmungsvoller Weise das persönliche Andenken an die Verstorbenen, ihre Eigenart und ihre Beziehung zu dem Leben und Wirken, aus dem diese abgerufen wurden, zu pflegen haben. Nur wo man über die für die betreffenden Verstorbenen sinnigste Gestaltung eines Grabmals nachdachte, könne es zu Herzen sprechen. Niemals aber vermöge das die gedankenlose Dugendware und die häßliche Fabrikware manches Zementfabrikanten mit ihren nächsten Glasplatten, die für alle, sei es Mann oder Frau oder Kind, die gleiche langweilige Form haben. Ferner müsse sich ein Grabmal harmonisch in den Gesamcharakter des Friedhofes einfügen und dürfe nicht aus dem Rahmen der Gesamtheit herausfallen. Nachsinnung auf die Umgebung und Zurückstellen egoistischer Wünsche sei eine Verpflichtung, der sich niemand entziehen dürfe. Bestimmungen darüber dürfen in keiner modernen Friedhofsordnung fehlen, so sehr man auch sonst in Bezug auf die einzelne Gestalt Freiheit walten lassen mösse. Die Inschrift müsse gut verteilt sein und sich ebenfalls als ein Teil dem Ganzen einfügen; sie sollte zwar gut lesbar sein, aber nicht auffällig und platzmäßig wirken. Richtig wirken die Grabzeichen, wenn die Denkmäler gleiche Höhe haben. Für gewisse, nicht zu einander passende Arten der Grabzeichen legte man verschiedene Abteilungen an, die durch die Beplanzung von einander getrennt werden können. Die An-

pflanzungen, zu denen viele Möglichkeiten auf dem Friedhofe gegeben sind, sind überhaupt nötig, um einen friedvollen Eindruck des Friedhofes herzorzurufen. Die Wahlheit seiner Ausführungen veranschaulichte der Vortragende durch viele vom Sächsischen Heimatvereine hergestellte Lichtbilder, für die vorbildliche Beispiele auch aus heiligem Friedhofe ausgewählt waren. Außer dem Heimatvereine pflegen auch Vereinigungen, wie der Weltbund und der Verein für Kirchliche Kunst die Friedhofskunst. Mit ihnen sollte jeder Hersteller von Grabsteinen ins Vernehmen treten. Wie bei der Friedhofspflege, so darf auch bei der Kriegerehrung der gute Geschmack nicht vernachlässigt werden, ja dies erst recht nicht; denn die Ehrengabe der Gefallenen, die mit ihrem Blute ihre Treue zum Vaterlande beweisen haben, muß über die Gegenwart hinauswirken und auch noch die spätere Zeit mit Erfurcht vor der Opferstat erschüttern. Alle Ehrenungen der Familien, Gemeinden, Vereine müssen die Größe, die im Heldentod liegt, und die Größe des Kriegsergebnisses, das unser Gemüth so sehr bewegt hat, zum Ausdruck bringen, zu Ihnen müssen wir mit derselben Ergriffenheit ausschauen, mit der wir auf die einzelnen Soldatengräber im Felde oder auf die langen Reihen in den Soldatenfriedhöfen hinblicken. Der Eifer mancher Gemeinden, Denkmäler zu errichten, darf nicht wieder zu der Schablonisierung und den Geschmacklosigkeiten einer Denkmalswut führen, wie wir sie nach 1871 gehabt haben. Die Gedächtnissäulen müssen feierlich stimmen; darum wähle man den rechten Platz für sie aus und ziehe einen Künstler zu Rate, der den durch die örtlichen Verhältnisse gegebenen Fall durchdenkt. Auch Vereine sollen sich von der Landesberatungsschule für Kriegerehrung beraten lassen und nicht solche, auch hier von fremden Geschäftsmännern angebotene Gedächtnissäulen kaufen, auf denen in sinnloser Überhäufung alles darauf ist, was sich in der Rumpfammer des Hurra-Patriotismus vorfindet, während es doch wunderbare Gedächtnissäulen gibt, wie das Wintersche mit den stirmenden Soldaten oder die Hettnerischen, die dem Dr. Frank und Hindenburg geweiht sind. Auch sie wurden im Lichtbild vorgeführt.

Tags darauf gab Herr Baurat Wenzel noch an Ort und Stelle gute Ratschläge für die für die heilige Archäologie geeignete Kriegerehrung, über die wir später berichten werden. Er hat sich dadurch in gleicher Weise wie durch seinen mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Vortrag große Verdienste um die heilige Friedhofskunst und Kriegerehrung erworben.

Altenberg. Während in liefergelegenen Gegenden der Schnee infolge des Tauwetters der letzten Tage wieder ver-

schwunden ist, haben wir auf unserem Höhenkamm leider noch genug davon. Mittwoch ist das Tauwetter bei 0 Grad wieder zum Stehen gekommen und am Nachmittag sowie in der Nacht ist Neuschnee gefallen.

Dresden. Die böhmische Gesandtschaft in Dresden wird am 1. Januar 1920 aufgehoben.

Die Wahlen zu den Bezirkswahlvertretungen für die 29 sächsischen Amtshauptmannschaften sind abgeschlossen. Es werden danach 11 Bezirkswahlvertretungen bürgerliche Mehrheiten aufstellen, in 2 (Röba und Zittau) ist die Zahl der bürgerlichen und der sozialistischen Vertreter die gleiche, während in 15 Bezirken sozialdemokratische Mehrheiten vorhanden sein werden.

Weinböhla. Vor einigen Tagen wurde eine Frau von Zwillingen entbunden, die ähnlich wie das sogenannte Zwillingspaar zusammengewachsen sind. Diese Doppelgeburt kommt außerordentlich selten vor. Vor einigen Jahren gelang es in Paris dem Prof. Doyen durch eine glückliche Operation, ein derartiges Zwillingspaar zu trennen, ohne die Lebensselbständigkeit des einzelnen zu behindern.

Sedlitz. Wie sehr der Schleichhandel blüht, ist daraus zu erschließen, daß an einem einzigen Tage von den Zollbeamten wieder etwa 100 Liter Rum, 15 Liter Bitter, ein ausgezehrter Schopps, 1 Reh und 70 Stück Butter beschlagnahmt worden sind.

Löbau. Großen Butterabschreibungen ist man in der Stadt auf die Spur gekommen. Auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung wurde festgestellt, daß im Verhältnis zur Kopfzahl ein bedeutend großes Quantum Butter beliefern werden ist. Verschiedene heilige Gastwirte und Hotelbesitzer haben in mehreren Geschäften zu gleicher Zeit bis zu 60 Abschreibungen an Butter angemeldet und bezogen.

Neustadt. Die Gastwirte von Neustadt und Umgegend

haben die Kaffee- und Bierpreise, sowie die Kartengelder erhöht. Infolge bedeutender Mehrlasten für Bier, Bierung usw. sind für Kaffee die Tasse 40 Pf., einheimische Biere das Schnitt 30 Pf., das ganze Glas 40 Pf. festgesetzt worden. Kartengeld für eine neue Karte 25 Pf., für eine gespielte Karte 15 Pf.

Chebnig. Der Bezirksausschuss unserer Amtshauptmannschaft tagte am Dienstag zum letzten Mal in seiner bisherigen Zusammensetzung. Einzelne Mitglieder haben ihm länger als 10 und 20 Jahre angehört. In dieser Sitzung gab es u. a. eine lebhafte Aussprache über die Steuerfreiheit der Erwerbslosen, die Arbeitslosenunterstützung beziehen. Die Unterstützung eines erwerbslosen Ehepaars beträgt, aufs Jahr berechnet, bis zu 2400 M. Mancher Arbeitende verdient im Schein seines Angesichts nicht diese Summe und muß Steuern bezahlen; deshalb sei es, so sprach man sich aus, unbillig, eine allgemeine Steuerfreiheit für Erwerbslose einzutreten zu lassen.

Oberwiesenthal. In Böhmischem Hammer ist ein junger Mann namens Schmiedel, der sich auf dem Heimweg nach Schmiedeberg befand, im Bergner Wäldchen von tschechischen Grenzsoldaten erschossen worden. Es ist dies seit langer Zeit bereits der zweite dergleiche Fall. Schmiedel war fünf Jahre im Krieg.

Zwickau. Das heilige Gymnasium verlor im zu Ende gegangenen Schuljahr 26 Tote, darunter drei ehemalige Lehrer und sechs im Kriege gefallene Schüler. Insgesamt starben den Helden Tod fürs Vaterland 17 Lehrer und 135 Schüler.

Plauen i. V. Das Kriegerliche Testament, nach dem bekanntlich Kaiser Wilhelm II. von dem Landwirt Hermann Anner mit der Bestimmung zum Universalherren eingesetzt worden war, daß der über eine Million beträgende größtentheils in Grundstücken bestehende Nachlass im Interesse von Heer und Marine verwendet werden sollte, ist durch Rechtsanwalt Horst Schönberg im Namen der Witwe und eines Verters Anners angesucht worden. Während das Erbheimsverfahren beim Amtsgericht schwelt, hat Justizrat Möller als Syndicus des Kaisers beim Landgericht die Feststellungslage erhoben.

Gera. Als das Warenhaus Tiez Dienstag früh geöffnet wurde, fand man in einer Ecke einen Mann vollständig neubekleidet schlafend vor. Er war aus Zeit und hatte sich am Abend zuvor in das Geschäft einzuschließen lassen und lag in der Nacht vollständig neubekleidet, was etwa 3000 M. gekostet hätte, wenn der Dieb entkommen wäre. Außerdem hatte er noch ein Bündel wertvoller Waren zum Mitnehmen neben sich gelegt. Er wurde sofort festgenommen, ehe er seinen schwer geladenen Revolver verwenden konnte.

Kirchen-Nachrichten.

1. Advent — Sonntag, den 30. November 1919.

Text: Jer. 31, 31—34. — Lied 199.

Dippoldiswalde. Vormittags 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl nach der Sakram. Pastor Mojen. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst: Sup. Michael. Vormittags 11 Uhr Abendmahlseifer im Bettinstift: Pastor Mojen. Vormittags 11 Uhr Kindergottesdienst (2. Abteilung): Sup. Michael. Nachmittags 5 Uhr Festgottesdienst zur Geiß des 25-jährigen Jubiläums des Jungfrauenvereins zu Dippoldiswalde: Pastor Eh—Selsendorf.

Hennersdorf. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst. Nachmittags 2 Uhr Jugendunterredung

Hilfslieche Schönfeld. Vormittags 9 Uhr Beichte und Abendmahlseifer. Vormittags 10 Uhr Kindergottesdienst (Klasse 2).

Zohnsbach. Vormittags 1/2 9 Uhr Abendmahl. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst. Vormittags 1/2 11 Uhr Kindergottesdienst.

Ripsdorf. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst in der Schule: Hilfslieche Müller. Darnach Beichte und heiliges Abendmahl. Vormittags 11 Uhr Kindergottesdienst in der Schule.

Arnsdorf. Vormittags 8 Uhr Beichte und Feier des heiligen Abendmahl. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst. Nachmittags 3 Uhr Taufgottesdienst.

Obercaldorf. Nachmittags 1/2 4 Uhr Abendmahlseifer in der Schule.

Dölitz. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst. Anschließend von 1/2 11—1/2 12 Uhr Kirchenvorstandswahl. Nachmittags 2 Uhr Kindergottesdienst (beide Abteilungen). Nachmittags 5 Uhr heiliges Abendmahl.

Possendorf. Vormittags 1/2 9 Uhr Beichte und Abendmahlseifer: Pfarrer Möller. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pastor Vomert. Vormittags 1/2 11 Uhr Kindergottesdienst im Kommandantenhaus der Kirche: Pastor Vomert. Nachmittags 5 Uhr Abendmahlsgottesdienst: Pfarrer Möller.

Reichstädt. Vormittags 1/2 9 Uhr Beichte und Abendmahlseifer. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst. Nachmittags 2 Uhr Abendmahlsgottesdienst.

Neinhardsgymna. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst und Abendmahlseier.
Ruppendorf. Vormittags 9 Uhr Lesegeottesdienst.
Saldisdorf. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst.
Schellerhau. Vormittags 9 Uhr Lesegeottesdienst.
Schmiedeberg. Vormittags 9 Uhr Predigtgottesdienst mit Ab-
schlusspredigt des in den Ruhestand getretenen Ortspfarrers Böltner.
Chorgesang: "Wie ein wässriger Garten" von Hauptmann.
Nachmittags 5 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl: Pfarrer
Böltner.

Letzte Nachrichten.

Eine neue Schmach.

Rotterdam, 27. November. Nach einer "Daily Mail". Meldung aus Paris wurden aus den deutschen Gefangenlagern in Frankreich über 70 Offiziere und fast 500 Mann in französische Unterzuchungshaft eingeliefert, weil sie begangene Verbrechen während der deutschen Okkupationszeit beschuldigt werden.

Nur noch schriftliche Verhandlungen mit Frankreich.

Berlin, 27. November. Die weiteren Verhandlungen mit Frankreich und den Alliierten sollen nur noch schriftlich und durch dieständige deutsche Vertretung in Paris geführt werden. Die deutsche Friedenodelegation führt nicht mehr nach Paris zurück.

Rotterdam, 27. November. "Daily Telegraph" meldet aus Paris: Vor der vertraglichen Anerkennung der Verlegung der Wallensteinslandsbedingungen durch Deutschland widerspricht Frankreich der allgemeinen Ratifikation.

Ablieferung deutscher Tankdampfer.

Hamburg, 27. November. Die "Hamburger Nachrichten" melden: Der Tankdampfer "Loc" der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft, 8745 Nettolibritmeter groß, ist gestern nach Firth of Forth abgegangen, um an die Entente ausgeliefert zu werden. Es ist dies der erste Tankdampfer, der zur Ablieferung kommt; die anderen werden in den nächsten Tagen folgen.

Vermeidung des Adels. Dem uralten deutschen Rechtsgrundsätze, daß der unehelich Geborene der "schiechterei Hand" folgt, macht die Preußische Staatsregierung ein Ende und setzt folgendes fest: "Preußische Staatsangehörige, die beim Infrastritten der Reichsverfassung infolge unehelicher Geburt den Sozialnamen ihrer alten Mutter oder auf Grund ihrer Annahme an Kindes Statt den Familiennamen des adeligen Annahenden ohne Adelsbezeichnung führen, und ihre die preußische Staatsangehörigkeit behauptenden Adlomlinge sind berechtigt, ihrem Namen die Adelsbezeichnung der Mutter oder des Annahenden durch Erklärung vor dem zuständigen Standesbeamten hinzuzufügen." — Außerdem können abgelehnte Anträge auf Ehelichkeitsdeklaration unehelicher Kinder Adliger beim Justizminister erneut gestellt werden.

Neben die Steuerbefreiungen der Deutschen Export-Prämienanleute besonders bezüglich der Erbschaftsteuer herrscht vielfach noch Unklarheit. Beträge bis zu 25 Tsd. sind völlig frei von jeder Erbschaftsteuersteuerung; außerdem können 10 Tsd. für jeden Erben dadurch von der Erbschaftsteuer befreit werden, daß sie auf deren Namen bei der Reichsbank hinterlegt werden.

Steuerbefreiungen für Arbeitnehmer. Unter den zahlreichen Neuerungen, die mit der Übernahme der Landeskommunensteuer auf das Reich verbunden sind, ist von besonderer Bedeutung der grundsätzliche Wechsel in der Art der Steuererhebung. Mit der bisherigen Praxis der Entrichtung der Steuer durch die Pflücker wird für den größten Teil der Steuerzahler gebrochen und künftig die Besteuerung des Arbeitseinkommens an der Quelle vorgeschrieben. Die Arbeitgeber haben für die von ihnen gegen Sohn oder Gehalt beschäftigten Arbeitnehmer (Arbeiter und Angestellte) die Einkommensteuer in der Weise zu entrichten, daß bei der Zahlung der Löhne, Gehälter usw. zehn Prozent auf die von dem Arbeitnehmer zu zahlende Einkommensteuer im Abzug gebracht werden. Der Arbeitgeber hat in die Steuertafte des Arbeitnehmers Marken in entsprechender Höhe einzuleben und zu entwerten, durch die der Steuerpflichtige sich über die erfolgte Zahlung aufweist.

Elektrizitätskatastrophe in Charlottenburg. Infolge Kohlenmangels mußte das städtische Elektrizitätswerk in Charlottenburg stillgelegt werden. Infolgedessen ist Charlottenburg seit Donnerstag früh ohne elektrische Kraft und Licht. Ganz abgesehen von den höchst bedrohenden Folgen, die dieser Zustand für die Bewohner mit sich bringt, sind Tausende von mittleren und kleineren gewerblichen Betrieben zum Stillstand gezwungen, weil ihnen die erforderliche Kraft zur Kühlung fehlt. Auch das städtische Kraftwerk in Stettin steht wegen Kohlenmangels vor der Gefahr, die Stromlieferung ganz einzustellen. Vorläufig sind jedoch nur erhebliche Einschränkungen erfolgt. Die Stromentnahmen nach 2 Uhr nachmittags ist nur noch den Kleinverbrauchern und den Betriebshöfen gestattet.

Verkehrskalamität hängt wesentlich ab von der geringen Anlieferung neuer Lokomotiven durch die Lokomotivfabriken. Im August 1919 sind von den Lokomotivfabriken an die preußische Eisenbahnverwaltung 123 neue Lokomotiven, im September 1919 137 neue Lokomotiven, im Oktober 1919 83 neue Lokomotiven geliefert worden. Der Rückgang im Oktober erklärt sich aus dem Berliner Metallarbeiterstreik. Von den bestellten Lokomotiven sind gegen die vertragsmäßigen Lieferzeiten Ende Oktober noch 629 Lokomotiven tatsächlich geliefert. Der gesamte Auftragshalt an Lokomotiven für die Staatsseisenbahnverwaltung beträgt zurzeit noch 2055 Lokomotiven. Die Hannoversche Lokomotivfabrik hat im August 1919 17 neue Lokomotiven und im September 22 Lokomotiven abgeliefert. Ihre Ablieferungen sind hinter den vertragsmäßigen Verpflichtungen in diesen beiden Monaten um 20 Lokomotiven zurückgeblieben. Im ganzen hat die Hannoversche Lokomotivfabrik noch 168 Lokomotiven in Auftrag.

Die Gefangeneng-Note.

Ungerechte Beschuldigungen und Lügenhaftie Auslöscher.

Die französische Note hat bei unseren Regierungstellen durch Inhalt und Ton großes Bestreben erregt. Zum ersten Male wird ganz offen gesagt, daß die Kriegsgefangenen in der Frage der Heimbeförderung nicht lediglich als Kriegsgefangene, sondern in erster Linie als Geiseln für den wirtschaftlichen Wiederaufbau von Nordfrankreich angesehen werden. Weiterhin erhebt der Ministerpräsident der französischen Republik ganz ungerechtfertigte Beschuldigungen gegen Deutschland. Wie blutiger Hohn klingt die Behauptung Clemenceaus, Frankreich habe die Bestimmungen des Friedensvertrages erfüllt, während die deutsche Regierung die eingegangenen Verpflichtungen nicht eingelöst habe.

Wie von zufälliger Stelle erklärt wird, beabsichtigt die deutsche Regierung in ihrer Antwort auf die französische Note, diese ungeheuerlichen Vorwürfe geöffnet zurückzuweisen und andererseits den Nachweis zu erbringen, daß gerade Frankreich seine Versprechungen hinsichtlich der Heimbeförderung der Gefangenen nicht eingelöst hat.

Wir erinnern nur an die Note des Obersten Rates vom 29. August des Jrs., wonach auf Beschluss des Obersten Rates der Alliierten der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrages mit Deutschland, soweit er den Rücktransport der deutschen Gefangenen betrifft, vordräht werden soll. Die Vorbereitungen zum Rücktransport sollten sofort beginnen, und zwar durch eine interalliierte Kommission, der ein deutscher Vertreter beigegeben werden soll, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist.

In gleicher Zeit haben unsere Unterhändler in Paris die endgültige Absicherung erhalten, und zwar von zufälliger Stelle, daß, wenn wir in der Kohlenfrage entgegenkommen sein würden, und wenn wir die Erfüllung des Friedensvertrages in diesem Punkte vorwegnehmen, sofort mit dem Kriegsgefangenentransport begonnen würde. Bis jetzt haben wir unglaublich 1½ Millionen Tonnen Kohlen geliefert und trotzdem ist das gegebene Versprechen nicht gehalten worden. Ferner hat ein in Deutschland weilender hoher Funktionär Frankreichs in der Streitfrage der Geldbuße für den getöteten französischen Unteroffizier Manheim die deutsche Regierung zum Nachgeben durch die Sicherung bewogen, daß dann die deutschen Gefangenen vorzeitig entlassen werden sollten. Diese Tatsachen werden von Clemenceau mit einer verblüffenden Rücksichtlosigkeit als unwahr bezeichnet und die entgegenkommende Haltung der deutschen Regierung nicht nur nicht geneugt, sondern sogar ins Gegenteil verkehrt.

Als ungerechte Behauptung muß auch die weitere Begründung bezeichnet werden, die Clemenceau für die Zurückhaltung der Gefangenen angibt: Die Freigabe könnte nicht erfolgen, weil man noch nicht wisse, wie die Arbeitsbedingungen der zuständigen deutschen Arbeitskräfte in Nordfrankreich sein würden. Tatsache ist vielmehr, daß die deutsche Regierung den Franzosen einen großzügigen Plan unterbreitet hat, aber die Franzosen haben darauf nicht geantwortet. Sie wollen die freien deutschen Arbeiter in Gefangenendarren unterbringen, müssen aber wissen, daß es der deutschen Regierung unmöglich ist, dann Arbeiter überhaupt nach Frankreich zu senden, denn die Gewerkschaften lehnen es ab, für die Werbung von Arbeitern für Nordfrankreich einzutreten, wenn nicht sicher ist, daß diese unter verschiedenen Verhältnissen arbeiten können und lerner, daß nicht nur Arbeiter zugelassen werden, ne die größten Schmutzarbeiten zu machen haben, sondern auch höhere Arbeiter und Techniker.

Geradezu absurd klingen die Vorwürfe über die deutsche Propaganda in Elsaß-Lothringen. Weder vom Auswärtigen Amt noch von irgend einer anderen Centralbehörde ist auch nur ein Pfennig für die Propaganda in Elsaß-Lothringen bewilligt oder ausgegeben worden.

Was die Bemerkung Clemenceaus betrifft, die deutsche Regierung habe sich außerlande erklärt, die durch die Unterzeichnung der Versailler Vertrages übernommene Herausgabe der Deutschen, die in ihrer amtlichen Tätigkeit Greuel begangen hätten, zu erfüllen, so hat es nach einer amtlichen Erklärung die deutsche Regierung für notwendig gehalten, die alliierten und assoziierten Regierungen auf die ungemeinen Schwierigkeiten hinzuweisen, welche in der Auslieferungsfrage für Deutschland liegen. Sie habe keineswegs die einmal übernommenen Verpflichtungen abgelehnt und habe vor allem betont, daß sie keineswegs beabsichtige, wirtschaftlich schädigende einer gerechten Strafe zu entzölten. Wohl aber habe sie den alliierten Regierungen Anregungen übermitteln lassen, die geeignet erschienen, für beide Vertragsgegner Unzuständigkeit zu vermelden.

So stellen sich alle Anschuldigungen und Vorwürfe samt und sonders als ungerechtfertigt und unbegründet heraus. Die französische Note wird daher von der deutschen Regierung mit Recht nach Inhalt und Inhalt als im höchsten Maße ungerecht bezeichnet, bei den Bevölkerungen der beiden Länder diejenige Stimmung zu erwecken, die notwendig ist, um zu einem Ausgleich in den vielen Fragen zu kommen, in denen Deutschland und Frankreich aufeinander angewiesen sind.

Der Bapst für die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen bis Weihnachten.

Nach einer Mitteilung des Kardinalstaatssekretärs an die Münchener päpstliche Nuntiatur hat sich der Heilige Stuhl neuerdings in nachdrücklichster Weise dafür verwendet, von Frankreich die Heimbeförderung der deutschen Gefangenen bis zum kommenden Weihnachtsfest zu erwirken.

Die Räumung des Baltikums.

Neue Abmachungen mit den Litauern.

Nur die Nachricht hin, daß die Litauer die Flüchtlinge überfielen und den Abtransport der Flücht-

linge verhinderten, hatte das Wehrkreiskommando Ostpreußen das Bataillon Neßbel marschbereit gemacht, um den Bahnhof zu übernehmen.

Der französische General Miesse drohte darauf mit der Abreise der Entente-Kommission, falls dieses Bataillon in Litauen eindrückte. Es wurde daher von dieser militärischen Maßnahme Abstand genommen, um nicht die schwedenden Verhandlungen über die Räumung des Baltikums zu gefährden und neue Verwicklungen heranzuführen.

Da die deutsche Regierung auf der anderen Seite das Schicksal der deutschen Frauen und Kinder und unserer Verwundeten vor Augen sah, entschloß sie sich zu einem Vorschlag an die litauische Regierung. Dieser ging dahin: Es sollte sofort die Bahn freigemacht werden zu dem Abtransport der Flüchtlinge und der Verwundeten und Vorsorge getroffen werden, daß weitere Angriffe unterblieben. Da die deutsche Regierung würde dann das von den Truppen zurückgelassene Heeresgut und nach Rückkehr der Truppen das rollende Eisenbahnmateriale kostenlos den Litauern überlassen. Werden dagegen unser Vorschlag abgelehnt, so würden wir selbst den Bahnhof mit eigenen Mitteln übernehmen. General Miesse wurde dieses Anerbieten mitgeteilt und er hat dann vermittelnd auf die litauische Regierung eingewirkt. Dabei erklärte er, daß er, falls die Litauer unser Anerbieten ablehnen würden, gegen die Übernahme des Bahnhofes durch Deutschland keine Einwendungen mehr erheben würde.

Die litauische Regierung ist auf dieses Millionengeschenk hin natürlich sofort in Unterhandlungen eingetreten. Die Litauer haben die Angriffe eingestellt und der Abtransport der Frauen, Kinder und Verwundeten konnte planmäßig vor sich gehen. Zu dem Abkommen wird noch erklärt, daß bei dem Zusammensein der zurückfließenden Truppen eine Rettung des Materials sowieso nicht möglich gewesen wäre, und daß, wenn dies doch der Fall gewesen wäre, die Abgabe an die Entente hätte erfolgen müssen.

Die Truppen sehen den Rückmarsch in guter Ordnung fort. Angriffe schwächer litauischer Truppen östlich und westlich Schaulens, sowie die Beschädigung der telegraphischen Fernsprechleitungen dauern an. Im Bahnbetrieb sind keine nennenswerten Störungen eingetreten. Die zurückfließenden Truppen werden zum Teil noch recht gute Disziplin auf, andere aber das Gegenteil von Disziplin. Es ist also mit der Möglichkeit zu rechnen, daß Zusammenstöße zwischen Militär und Zivil eintreten werden. Gegen die Reiter soll rücksichtslos vorgegangen werden, so daß die ostpreußische Bevölkerung seinen Grund zur Beunruhigung hat. Die Heimkehrenden müssen eine mehrjährige Quarantäne durchmachen.

Wie vorausgesahen war, hat nach dem Abzug der deutschen Truppen sofort wieder die bolschewistische Schredensherrschaft in dem geräumten kurdischen Gebiet mit Wrod und Greuel begonnen. Lettische Banden überfielen, wie von dort eingetroffene Personen berichten, das Gut Kapseden bei Libau und ermordeten in katholischer Weise den Besitzer des Gutes, Baron Mantuusen, den Vater des im Mai im Kampf um Riga gefallenen Kommandeurs des Stoßtrupps der baltischen Landeswehr. Lettische Banden haben aus Rache mehrere Güter angezündet. Die Ureichen dafür mehren sich, daß überall in den geräumten Teilen Kurlands ein bolschewistischer Aufstand ausflammt. Wohl fast alle Deutschen, denen es nicht gelungen ist, rechtzeitig mit den Truppen mitzugehen, müssen für verlorene gehalten werden. Denfalls so weit sie auf dem flachen Lande leben. Mit ernster Sorge denkt man in Schaulen an das Schicksal der tapferen baltischen Landeswehr, die noch aus 1500 jungen Männern besteht und nun von aller Welt völlig abgeschnitten ist.

Politische Rundschau.

Die Abstimmung über den prüfenden Paragrafen des Betriebsrätegesetzes ist im Auslaß zurückgestellt worden, da die Kompromißverhandlungen zwischen den drei Mehrheitsparteien noch nicht zum Abschluß so lang sind.

Die Reichseinkommensteuer soll 8 Milliarden bringen, die Kapitalertragsteuer 1,4 Milliarden.

Das angekündigte Gesetz gegen die wildesten Streiks und über die Einführung obligatorischer Schiedsgerichte soll noch vor Weihnachten der Nationalversammlung vorgelegt werden.

Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung hat die Verordnung gegen Bücher und Schriften abgelehnt, zu dessen Bekämpfung besondere Buchergericht eingesetzt werden sollen, angenommen.

Der Reichs- und Staatskommissar von Schlesien Hörsing, hat jetzt bei den Reichs- und Staatsbehörden seinen Abschied eingereicht.

Der Oberste Rat hat den Vorschlag gemacht, daß in Memel und Danzig englische Truppen ein Jahr und in Schleswig 8–20 Monate verbleiben sollen.

Auf Beschluß des Obersten Rates müssen die deutschen politischen Verhandlungen in Paris stattfinden. Dies bezieht sich auf die Übergabe von verschiedenen Gebieten und auf wirtschaftliche Fragen.

Der Kommandierende General der französischen Armee im Rheinlande gibt bekannt, daß Gemeinden, Kreise und Bezirke nur mit seiner Genehmigung Anleihen aufnehmen dürfen.

Der Hamburger Senat hat bei der Reichsregierung die Auflösung des Belagerungsgürtels für Hamburg, Altona und Wandsbek beantragt. Es folgt hierin einem Antrage der Bürgerschaft.

Eine Konferenz der an allen deutschen Seeschiffen tätigen beschäftigten Arbeiter hat bei dem Reichsamt die dringende Vorstellung gegen die Ablieferung der von der Entente geforderten Docks, Hafengeuge und Bagger erhoben.

Die Fraktion der unabkömmligen sozialdemokratischen Partei in der Nationalversammlung hat an Stelle des verstorbenen Abg. Hugo Haase die Abg. Henke und Geyer (Leipzig) zu Fraktionsvorsitzenden mit gleichem Recht gewählt.

Das preußische Heroldamt wird mit dem 1. März 1920 aufgehoben.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß für die nichtausgenügenden Friedensmöglichkeiten darf die Bevölkerung keine öffentliche Sitzung mehr abhalten, da Mitte Dezember bereits die parlamentarischen Wahlkommissionen begonnen.

Die Zentrumsfaktion der Nationalversammlung wählte an Stelle des verstorbenen Abg. Grüber den Abg. Dr. Trimborn einstimmig zum Fraktionsvorsitzenden und die Abg. Becker (Kensberg) und den Bomberger Domkapitular Becht zu stellvertretenden Vorsitzenden.

2: Gröner und Hindenburg. General Gröner, der der legitime Generalstabschef des Feldmarschalls von Hindenburg, teilt in einer Bushrift an die „Tradition“ mit:

Er (Gröner) habe im Sommer 1917 den Kaiser vor der drohenden revolutionären Entwicklung warnen lassen, da nach seiner Erkenntnis die logische Folge eines unglücklichen militärischen Kriegsausgangs sei, welche dem Herbst 1914 nach der Marne Schlacht dem Gedanken eines unglücklichen Kriegsausgangs vorgekommen und habe von Jahr zu Jahr die Entwicklung unserer strategischen Lage mit wachsender Besorgnis verfolgt. Im Juni 1917 habe er dem General Hindendorff zweimal dringend vorgestellt, er möge selbst Reichskanzler werden. Er habe nur zwei Wege vor Augen gesehen, entweder durch Hindendorff das Steuer scharf nach rechts legen lassen oder der Kaiser möchte entschlossen selbst die Revolution und sucht sich den Kanzler, der dazu bereit war (steinen der Unterküste, sondern einen konservativen Mann). Der Weg der gewählt wurde — mit halben Maßregeln sich zwischen den Gefahren hindurchzuhüten zu wollen — mußte ins Verhängnis führen.

3: Innenpolitische Folgen des Steuererlösungsgesetzes. Am 1. Dezember dürfen nach dem flüssigen Kapitalfluchtwesie die Binschneide der inländischen Wertpapiere nur noch bei jenen Banken eingelöst werden, bei denen das ganze Wertpapier oder der Bins- oder Gewinnanteilecheinbogen mit dem Erneuerungsschein hinterlegt sind. Der Zweck dieser Bestimmungen war, das Gewissen der Steuerzahler zu schärfen. Die Wirkungen dieses Gesetzes traten schon jetzt in nicht gerade erfreulicher Weise in Erscheinung. Unter den in Betracht kommenden Papieren befinden sich vor allem Staatsrenten, Stadtanleihen, Hypothekenanleihen, die bisher als die solideste Kapitalanlage galten hatten. In den letzten Tagen haben sich die Verläufe so sehr gemehrt, daß verschiedentlich eine recht bedeutsame Herabwertung des Kurzes eingetreten ist. Das Sinken der genannten Papiere ist, wie die „Germania“ bemerkt, deshalb besonders zu befürchten, weil diese Papiere bisher in zunehmendem Maße als Zahlungsmittel für notwendige Käufe im Ausland verwendet worden sind. Es werden in Zukunft, wenn nicht bald eine durchgreifende Erholung Platz greift, unsere besten deutschen Werte zu einem Schlußpreis in das Ausland gehen und — damit in nicht gerade erhebender Weise das traurige Bild unseres Schlußausverkaufes an das Ausland vervollständigen.

4: Eine neue Note der Entente. Wie die „Presse de Paris“ meldet, bringt die Herrn v. Versner übergebene Note das lebhafte Erstaunen des Obersten Rates über die Abreise des Ministerialdirektors v. Simon und seiner Mission zum Ausdruck. Die Note bestont weiter, daß, wenn der Vertrag von Versailles am 1. Dezember nicht in Kraft gesetzt werden könne, die Verantwortung dafür der deutschen Regierung zufalle, da die Abreise Simons die Verhandlungen bezüglich des Vertrages unterbreche. Die Note schließt mit der Frage an Herrn v. Versner, welcher Art die Absichten des Berliner Kabinetts seien. — Die telegraphische Verbindung Paris-Berlin ist bereits seit mehreren Tagen gestört.

5: Kassubisch — Unterrichtssprache in deutschen Schulen. Die kassubische Sprache soll in den von Kassuben bewohnten Gebieten nach einer Erklärung des preußischen Kultusministers im Schulunterricht mindestens in dem gleichen Umfang berücksichtigt werden, wie dies bei der polnischen Sprache für die polnischen Kinder geschieht. Danach ist den kassubisch sprechenden Kindern der gesamte Religionsunterricht in kassubischer Sprache und neben dem deutschen Sprachunterricht ein kassubischer Schreib- und Leseunterricht zu erteilen, soweit es von den Eltern der Kinder gewünscht wird. Der übrige Unterricht muß so weit gekürzt werden, daß eine Überlastung der Kinder vermieden wird. Der Unterricht der deutschen Kinder ist in der bisherigen Weise fortzuführen.

6: Die Möbelaustrahlung aus Elsaß-Lothringen. Wie die „Neue Rheinische Korrespondenz“ aus zuverlässiger Quelle erklärt, wird das deutsch-französische Abkommen hinsichtlich der Möbelaustrahlung von aufständiger Seite folgendermaßen ausgelegt:

Die Sequestriationen werden aufgehoben, aber die Austrahlung in jedem Falle an besonders zu entwickelnde Ausfuhrerlaubnis geknüpft. Auf der Präfektur wurde erläutert und außerdem von Polizeiamt bestätigt, daß aus die zur Austrahlung gelangenden Möbel, wie längst beobachtigt, Austrahlung erhoben wird, der aufserordentlich hoch ist. Damit ist die Möbelaustrahlung so gut wie unmöglich gemacht.

7: Der Rückzug aus dem Baltikum. Die italienischen Truppen haben die Eisenbahnstrecke freigegeben und sind auf die Demarkationslinie zurückgegangen. Radikalisiert ist geräumt. Dort und in Schaulen befinden sich Mitglieder der Entente-Kommission. Vier Befreiungstruppen mit 1900 Soldaten, 435 Bewaffneten und 225 unverwundeten Militärpersonen sind in Deutschland eingetroffen. Das Detachement Blechschmid hat zum Teil bereits deutschen Boden betreten. Die deutsche Legion Brandis steht in Czernowitz, 15 Kilometer nördlich Schaulen und bleibt dort, bis die sich noch nördlich Schaulen befindlichen Russen abgeföhrt sind. Die Eiserne Division ist in weiterem Rückmarsch begriffen. Das Generalkommando Eberhardt ist noch in Schaulen. — Dem „Borodets“ zufolge hat die Verwaltung der Provinz Ostpreußen an den Reichspräsidenten den Reichskanzler und den Reichswehrminister Telegramme gerichtet, in denen um Schutz gegen die aus dem Baltikum zurückfließenden Truppen gebeten wird.

8: Korrupitionsbeschuldigungen gegen sozialistische Minister. Eine Berliner Korrespondenz macht auffallend regende Enthüllungen über finanzielle Machenschaften finanzieller Art, an denen angeblich hervorragende Mitglieder der sozialdemokratischen Mehrheitspartei beteiligt sein sollen. Diese Angriffe richten sich noch einem Berliner Mittagsblatt u. a. gegen den Reichspräsidenten Ebert, den ehemaligen Ministerpräsidenten Scheidemann und den Reichswehrminister Rosse. Es handelt sich um angebliche Schiebergeschäfte eines gewissen Kaufmanns Sclarz, deren

Durchführung ihm mit Hilfe von Legitimationen möglich gewesen sein soll, die ihm von Mitgliedern der früheren Regierung während der Revolutionszeit ausgestellt worden seien. Wie Scheidemann einem Mitarbeiter des „B. I. am Mittag“ erklärte, handelt es sich bei den Schieberen um durchaus einwandfreie Handlungen des Ministers, um Anordnungen und Aufträge, die noch jetzt der Möglichkeit einer Kontrolle unterliegen, und jede, auch die peinlichste Prüfung, vertrügt. Eine gerichtliche Klärstellung der Angelegenheit wird ohne Zweifel die Richtigkeit dieser schweren Anschuldigungen ergeben.

9: Die französische Note über die Abreise der deutschen Abordnung. Sie liegt jetzt im Auswärtigen Amt in Berlin vor. Sie ist in ihrem ersten Teile vom 22. November datiert und hat dann eine Nachschrift vom 24. November erhalten. Die Note bringt zunächst französische Ausreden wegen der Nichtratifizierung der Kriegsgefangenen. Sie geht von der Verpflichtung der Rückbesiedlung unserer Gefangenen vor der Ratifizierung des Friedensvertrages aus und behauptet, daß das in der Note vom 29. August gemachte Zusatzstück ja erfüllt sei, da die Gefangenen aus England, Amerika und Belgien zurückgeführt würden. Dann sei eine Unterbrechung der Rückbesiedlung eingetreten auf Grund des in der Note vom 29. August gemachten Vorbehalts, daß das versprochene Entgekommen nur dann durchgeführt werde, wenn Deutschland seine Verpflichtungen erfülle. — Dem ist entgegenzuhalten, daß es doch mehr als merklich ist, daß alle anderen die Gefangenen nach Hause geschickt haben, während Frankreich, dem die deutschen Leistungen gerade zugute kamen, nun den Vorbehalt zu seinem Vorteil ausnutzt. — In der Nachschrift fügt sich Clemenceau zur Abreise der deutschen Delegation aus Paris. Der Oberste Rat sei überrascht und angenehm dadurch überrascht und erfreut in der Abreise das Zeugnis für die Entschlossenheit Deutschlands, die Durchführung der Abmachungen und die endgültige Ratifizierung zu verzögern. Das sei ein sehr ernstes Moment, und es wird dann erachtet, ohne Berzug mitzuteilen, was damit beabsichtigt sei. Die ganze Verantwortung für die Folgen der Abreise werde Deutschland zugeschoben.

10: Beginn des Kaiserprozesses im Januar? Die englische Regierung erwartet, daß der Prozeß gegen den Kaiser zu Neujahr in London beginnen wird. Der politische Korrespondent der „Daily Mail“ versichert, daß alle dazu notwendigen Vorbereitungen getroffen seien. Die Auslieferung könne erst nach der formellen Ratifizierung des Friedensabkommen durch die Alliierten verlangt werden. Man erwartet, daß die Ratifizierung innerhalb einiger Wochen stattfinden wird. Danach würde ohne Zweifel das Eruchen um Auslieferung an die niederländische Regierung gerichtet werden. Man glaubt, daß diesem Eruchen stattgegeben wird. Für das dem Kaiser geplanter anzuhwendende Strafmaß ist keine Grenze festgesetzt. Es sei keine Bestimmung vorgesehen, die die Todesstrafe ausschließe.

11: Kronprinz Rupprecht als Kandidat für den Reichspräsidentenposten? Wie die „Augsburger Neuesten Nachrichten“ aus zuverlässigster Quelle erfahren, hat sich das bayerische Zentrum bereits entschlossen, eine Kandidatur des Kronprinzen Rupprecht von Bayern für den Reichspräsidentenposten zu befürworten und zu unterstützen. Es sei allerdings noch fraglich, ob es gelingen werde, den Kronprinzen zur Aufstellung seiner Kandidatur zu bewegen; es werde jedoch sicher mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Wahl des Kronprinzen zum Reichspräsidenten bei der großen Bevölkerung dieses Mannes in weiten Kreisen durch eine so große Mehrheit des Volkes geschehe, daß der Kronprinz sich entschließen werde, die Wahl anzunehmen, auch ohne als eigentlicher Kandidat auf der Liste zu stehen. — Das „Berliner Tageblatt“ bezweifelt es als ziemlich zweifelhaft, daß eine solche Kandidatur eine so große Mehrheit des Volkes vereinigen würde. Was für Bayern vielleicht gelte, gelte noch lange nicht für die anderen Teile des Reiches, und sogar die hohenzollerntreuen preußischen Konservativen dürften nicht ohne weiteres samt und sondes für einen Präsidenten aus dem Hause Wittelsbach stimmen wollen.

12: Einbruch gegen ein Disziplinarurteil des Marburger Senats. Der Marburger Professor der Rechte Dr. Tröger hatte nach einer Mitteilung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in einer Vorlesung über Politik die neue republikanische Staatsordnung und die leitenden Männer herabzusehen gesucht. Ein Student Ernst Demmer, hat diesen Vorfall auf dem Berliner demokratischen Parteitag zur Sprache gebracht und ist deshalb vom Marburger akademischen Senat disziplinarisch bestraft worden. Wie von zu Kündiger Stelle verlautet, beabsichtigt die Universität vor der Bekämpfung dieses Disziplinarurteils eine lehrgründliche Nachprüfung vorzunehmen.

13: Die bedrohliche Lage in Ägypten. Die „Information“ berichtet aus Kairo: General Allenby meldet, die Lage in Ägypten sei noch außerordentlich ernst. Im Nildelta seien 80 englische Ansiedlungen niedergebrannt worden, viele Engländer wurden niedergemordet. Die Zahl der Mörder sei größer als die britische Truppenmacht, weshalb rasche Verstärkungen notwendig seien. Es wurden Aufstände von den Anführern der Geschwader gefunden, in denen es gelungen sei, viele Engländer zu ermorden. Es sei das Land von den Fremden zu säubern sei.

14: Die Friedensbedingungen der Sowjet. Lewine, der Korrespondent der „Chicago Daily News“ in Russland, hatte eine Unterredung mit Tschitscherin. Dieser erklärte, die Sowjetregierung sei bereits, aber einen Frieden zu unterhandeln, d. h. unter der Hauptbedingung, daß alle Regelungen, die aus dem Boden des ehemaligen russischen Reiches entstanden seien, anerkannt würden. Weitere Voraussetzungen seien die Aufhebung der Blockade, gegenseitige Amnestie, Demobilisierung sämtlicher Heere, die auf dem Boden des alten russischen Reiches stehen. „Wir sind“, so sagte Tschitscherin, bereit, die Nationalschule des Reiches zu übernehmen.“

Tschitscherin bestreitet dann, daß die Sowjetregierung versucht habe, der ganzen Bevölkerung den Bolschewismus aufzuzwingen. Die Sowjetpublizen im

Baltikum seien durch die eigenen Einwohner ins Leben gerufen worden, als diese aus dem Kriege heimkehrten. Die Moskauer Regierung habe nur dort unterstützend eingegriffen, wo die Gegner des Bolschewismus deutsche, britische und schwedische Hilfe herbeigeschafft, um die Sowjetregierung zu stützen. Auf die Frage des Korrespondenten, wie lange die Sowjetregierung unter dem Druck der Blockade wohl noch weiterbestehen könne, erwiderte Tschitscherin, er sehe überhaupt kein Ende. Der einzige Grund zur Blockade der Alliierten sei die Furcht, daß die Erfolge der Russen auch in Westeuropa eine soziale Revolution herbeiführen könnten. Tschitscherin erklärte weiter, die Sowjetregierung sei bereit, mit den Ländern Westeuropas Erzeugnisse auszutauschen, sie suche aber nicht ausschließlich eine wirtschaftliche Annäherung. Die Sowjetregierung wolle weiter dem ausländischen Kapital weitgehende günstige Abegesandnisse machen und letzter Japan in Bezug auf Sibirien entgegenkommen.

15: Vorzeitige Auslieferung der angeklagten Offiziere gefordert.

Die „Daily Mail“ fordert die schnelle Auslieferung der angeklagten preußischen Offiziere, da diese die Zeit bis zur Ratifizierung des Friedensvertrages benötigen, um in Berlin und anderen Orten reaktionäre Unruhen und Verschwörungen anzuregen.

Rundschau im Auslande.

16: Die bei den französischen Kammerwahlen nicht gewählten Minister und Unterstaatssekretäre haben Clemenceau ihre Demission überreicht.

17: Vor dem Strafgerichtshof in Budapest begann die Hauptverhandlung gegen 24 Mitglieder der sogenannten Terroristengruppe der gestürzten Räteregierung, die einer Reihe von Moratern angeklagt sind.

18: In Griechenland ist eine Verschwörung entdeckt worden, die von Offizieren angezettelt worden ist und die Ermordung Benizelos und den Sturz des gegenwärtigen Regimes zum Ziel hatte.

19: Der italienische Minister des Auswärtigen, Tittoni, ist wegen des Widerstandes der Alliierten in der Rumänienkriege von seinem Amt zurückgetreten.

20: Die Preußische „Sole“ meldet, daß Belgien um abhängig von der französischen Forderung für sich 250 000 deutsche Arbeiter auf Grund des Friedensvertrages anfordere zur Verwendung im zersetzten Kriegsgebiete.

21: Die slowakische Regierung richtete eine Note an den Obersten Rat, in der sie bittet, gegen Brünnunglo vorzugehen, die ein bewaffneter Zusammenstoß mit dessen Truppen drohte.

22: Der König von Italien hat an Stelle Tittoni den Senator Scialoja zum Minister des Auswärtigen ernannt.

23: Die britische Regierung erließ in Dublin Irland eine Proklamation, die alle Sinnfeiner-Organisationen sowie alle anderen nationalen und ethnischen Organisationen aufhebt.

24: In Chicago hat die Gründung der neuen amerikanischen nationalen Arbeiterpartei stattgefunden.

Belgien: Ein drakonisches belgisches Urteil.

25: Der Appellgerichtshof von Brabant verurteilte den Direktor der Revue Internationale, Wilhelm Vogel, wegen Unterstützung des feindlichen Vorgehens und wegen Begünstigung feindlicher Abwanderer zu 20 Jahren Zwangsarbeit und 250 000 Franken Schadenersatz.

Frankreich: Die Wahlen in Elsaß-Lothringen.

26: Das rückständige Wahlrecht in Frankreich hat in Elsaß-Lothringen das Ergebnis gezeigt, daß 127 000 Wähler ohne jegliche Beteiligung in der französischen Kammer kein wiedergewählter ist, während 170 000 Wähler die alleinige Beteiligung in den Händen haben. Die Elsaß-Lothringische Presse warnt dringend vor Gewalttätigkeiten und weist auf die schärfen militärischen Maßnahmen der Regierung hin. In Elsaß-Lothringen sind reichlich schwarze Truppen zusammengezogen, wodurch die Erregung der Bevölkerung noch gesteigert wird. — Der „Press de Paris“ wird aus Straßburg gemeldet, daß die 24 Abgeordneten, die Elsaß-Lothringen in die Kammer schickten, sich in den nächsten Tagen im ehemaligen Parlamentsgebäude versammeln werden, um die feierliche Eröffnung, die einer von ihnen im Palais Bourbon verlesen wird, zu beraten. Es wird ein Abgeordneter sein, der nach 1871 geboren ist.

27: England: Churchill über die „deutsch-russische Gesahr“.

28: Laut „Nieuwe Rotterdamsche Cour“ schreibt Churchill im „Sunday Herald“, es müsse die Politik Englands sein, das deutsche Volk nicht zur Vergewaltigung zu treiben und zu verhindern, daß ihm nur die Hoffnung bleibt, eins wieder an das Schwert zu appellieren. Es sei keine gute Politik, Deutschland von allem und von dem Westen abzuschneiden und ihm nur noch die Entwicklung und die Wiederherstellungsmöglichkeit nach dem Osten hin läufig zu lassen. Deutschland könne bei Russland alles finden, was es nötig habe, und zwar nicht nur für die Wiederherstellung seiner Wirtschaftskraft, sondern seiner Weltmacht. Wenn Deutschland mit Russland gemeinsame Sache mache, würde die Gesahr von 1914 wieder auflieben. Man würde dann zwei Völkerbünde bekommen: den Bund der Freien und den Bund der unterlegenen Nationen.

29: Holland: Sperrung des Güterverkehrs nach Deutschland.

30: Die deutsche Regierung hat den Transport von Waren und Gütern von Holland nach Deutschland gesperrt. Die Gründe liegen in dem Mangel an Güterwagen auf deutscher Seite, der es unmöglich macht, die Waren an die deutschen Grenze zu übernehmen. Ausnahmen sind zugelassen für Kartoffeln, Gemüse, Fische und Milch und Margarine. Doch ist für die Bedeckung dieser Waren eine besondere Genehmigung des deutschen Generalconsulates notwendig.

Italien: Die Möglichkeit eines Thronwechsels.

31: Die Londoner Blätter berichten aus Rom, daß man bei der Eröffnung des neuen italienischen Parlaments großes Interesse erwartet. Befürchtlich sind die linksliegenden Sozialisten erheblich stärker geworden, und wie verlautet, haben sie die Absicht, bei der Eröffnung des Parlaments sehr energisch aufzutreten und es dem König unmöglich zu machen seine Thronrede zu verlesen. Täglich finden Kabinettssitzungen zur Befähigung der Sowjeten statt. Man erwartet die Möglichkeit eines Rücktritts des Königs und daß ihm der Herzog von Aosta oder der Kronprinz auf dem Throne folgen.

Nostland: Judentischs Rücktritt.

32: Das Finnlandische Pressebüro teilt mit, daß Glosenapp zum Kommandanten der russischen Nordwestarmee ernannt worden ist. Die Armee wurde nach ihrem Sieg auf estländisches Gebiet unter finnisch-schwedischem Oberkommando gestellt. Judentisch hat seine Bequarne niedergelagert und bleibt nun vorerst der Vertreter der Regierung Finlands.

Ein Paar neue Herregummischuhe
a. Mittwochabend. Schuhensche
vertauscht
worden. Abzugeben bei
Herrn Reppler.
Gefertigter, handgefertigter vorige
wollener Handshuh vorige
gefunden worden. Ge-
schäftsst. d. St.

Bäcker-

Lehrling

findet nächste Ostern gute Lehr-
stelle in der Weih- und Fein-
bäckerei von Oswald Friede,
Cohmannsdorf.

Einen

Sattlerlehrling

findet Ostern Unterkommen bei
Carl Rößle, Kleinermeister.

Tischler-

Lehrling

Für unsere Tischlerei suchen wir
für Ostern einen Lehrling.
Moritz Hille, G. m. b. H.,
Dippoldiswalde, Altenberg, Str.

Ein Mädchen

vom 15–18 Jahren wird für
Neujahr Landwirtschaft ge-
sucht. Zu erf. in der Geschäftsstelle d. St.

Morgen 3 Uhr

Fleisch

401–450. Rohschlachterei P. Lieber.

Schallplatten,

die neuesten Schlager, sowie
Weihnachtsplatten empfiehlt

Otto Schmidt,

Mechaniker,
Weihrauchstraße, neben der Post.

Geige

(1/2) 55 M.

guter Haarzylinger

30 M. u. Nummer zu verkaufen.
Zu erf. in der Geschäftsstelle d. St.

Maschinenoöl

1 a. hell
Lederfett in bester Qualität

Staufferfett

Vinoleumwachs

empfiehlt

Max Arnold, Dippoldis-
walde,
gegenüber der Post.

Starke Ferkel

hat abzugeben Reichstädt Nr. 52.

Wir suchen zum sofortigen Antritt eine

perfekte Stenotypistin.

Chemnitzer Bank-Verein.
Zweigstelle Dippoldiswalde.

Gilangebot!

Hermann Nähmaschinen
soeben wieder eingetroffen, kurz vor obormaliger Preiserhöhung,
empfiehlt **Hermann Voigt,** Dippoldiswalde, Gerber-
straße 221. Telephon 221.
Bringmaschinen, Karbidlampen

Lorenz Heile

Einladung zur Versammlung.

Montag den 1. Dezember abends 1/2 Uhr

im Kaffee „Taubert“.

Nur für den Gesamtvorstand, für die Preisrichter, sowie für
die Damen und Herren des Gesellschaufusses. Der Vorstand.

■ Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Heim-
gang unseres lieben Vaters, Schwieger-, Groß- und
Urgroßvaters, des Privatus

Ernst Gustav Jenisch

lagen hierdurch ihren herzlichsten Dank
Dippoldiswalde und Niederpöbel,
den 26. November 1919.

Die liebsternden Familien Grahl und Jenisch.

Zum Weihnachtsfeste empfiehle mein reichhaltiges **Spielwaren- und Puppenlager**

sowie sämtliche Puppenteile, Stofftiere, Blechtiere, Fröbel'sche Ver-
arbeitungen, Gesellschaftsspiele, Imperator, Laubblätter und Handwerks-
tiere, Pferdeställe, Kaufmannsläden, Puppenstuben, Küchen und
einzelne Möbel, Nähsäcken, Kassetten, Alben und vieles andere mehr.

erner als passende Geschenke: Blumenkübel, Tische, Hausapotheke, Model- und Kinderschlitten.



**Korbwaren
aller Art.**

Richard Oehme

Dippoldiswalde, Markt 82.

Linoleum

für Tisch-Belag
für Wagen-Ausflug
empfiehlt

Carl Marschner.
Tel. 127.

Die höchsten Preise für
rohe Häute

und Belle zahlt
Bernh. Arnold,
Lohgerberei, Gerberplatz.

○○○○○ Nähmaschinen,

neu und gebraucht, in prima
Ausführung, passend als
Weihnachts-Geschenk empfiehlt

preiswert
O. Schwente,
Schmiedeberg 34b.

○○○○○ 4000 Zigaretten
(ältere Ware) sind zu verkaufen
zu 25–26 M.
Oberstrauendorf, Gut Nr. 10.

100 Mark Belohnung

demjenigen, der mir den Finder der Ende Oktober auf dem Wege
nach Reinhardtsgrima über Wendischearsdorf verlorenen Ledersack,
Militärholze etc. nachweist.

Heiduohle, Nabau, am Bach 99.

Wertpapiere in Verwahrung

zwecks Einlösung

von Zins- und Gewinnanteilscheinen nach den gesetzlichen
Bestimmungen.

Chemnitzer Bank-Verein.
Zweigstelle Dippoldiswalde.

Ein junger, fleißiger

Arbeiter,

welcher Pferde- und Kindviehpflege versteht, und ein jüngeres

Haus- und Stubenmädchen

werden zu sofortigem Antritt gefordert.

Hainsberg. Emil Kästner & Co.

Zeichnungen

auf die

Deutsche Spar- Prämien-Anleihe

nimmt entgegen

Sparkasse Höckendorf.

Zeichnungsschluß am 3. Dezember.

Empfehlung

in meiner Filiale in Lipsdorf für das
kommende

Weihnachts-Fest

mein reichhaltiges Lager an

Uhren, Gold- und Silberwaren,
optischen Artikeln,
Taschenlampen und Batterien,
Nähmaschinen und Fahrräder, Grammophons
und Platten.



Reparaturen werden sach- gemäß ausgeführt.

Arthur Hille, Uhrmacher, Altenberg
„ und Filiale Lipsdorf.“

Schlacht-
pferde
faust
Hermann Schäfer. Telefon 80.

Einen gut-
erhaltenen Dameu- und
Badfischmantel
preiswert zu verkaufen. Garto-
straße 247a, parterre.

Für die uns aus Anlass unserer Ver-
mählung dargebrachten Glückwünsche
und wertvollen Geschenke sprechen wir
hierdurch unsern herzlichsten Dank aus.

Oberhäuslich, den 25. Nov. 1919.

Eugen Burckhardt
und Frau Martha, geb. Kästner.

Achtung! Achtung!

Großes Serien- Preis-Skat-Turnier



im Gasthof Niederpöbel

jeden Sonnabend von 6–11 Uhr und jeden Sonntag von 3–11 Uhr.

1. Preis 500 M., Einzug 5 M. einschl. Kartengeld.

Alles nähere im Spiellokal.

Hierzu laden alle Slatzhäuser freudlich ein
das Komitee und Walter Nagels.

Lichtspiele

„Reichskrone“ in Dippoldiswalde.

Sonnabend und Sonntag abends Punkt 1/2 Uhr
der größte und stärkste Film von Rich. Oswalds
Meisterwerken:

Die sich verkaufen . . .

Ein fesselndes und tiefergreifendes Lebensbild aus
Berlin-W in einem Vorspiel und 6 Akten.
Filmänge 2400 Meter.

In der Hauptrolle: Reinhold Schünzel, Konrad Wald, Margarete Kupfer.

Kein Aufklärungsfilm, sondern eine Klasse für sich!
Um einen allzugrohen Andrang am Sonn-
tag zu vermeiden, gestatte ich mir höflich
auf die Vorstellung am Sonnabend hinzuweisen.

große Kinder- und Jugend-Vorstellung.

Farmer Borchardt.

Eine Geschichte aus dem Kolonialtriebe in 4 Akten.
Der schlaue Jawadiel. Lustspiel für Kinder.
Stöpsels Abenteuer. Lustspiel für Kinder.

Kalstielnbrüche. Naturaufnahme.

Der Vorverkauf zu den beiden Abendvorstellungen
findet wie bisher in meiner Wohnung, Niederfor-
straße 295, statt.

Um zahlreichen Besuch zu diesen Großstadtprogrammen
bitte A. Delang.

Jugendverein „Edelweiß“ Wendischearsdorf

Sonntag den 30. November

Jugendkränzchen

Umfang 5 Uhr. Einer regen Beteiligung der Mitglieder steht entgegen:
der Vorstand.

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind herzlich willkommen.

Kasino Höckendorf.

Sonntag den 30. November

— Kasino. —

Umfang 5 Uhr. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, u. Damen mit
Karten haben Jutritt. D. V.

Ein Paar neue
Halbstiefel

Nr. 29 zu verkaufen
Niederpöbel b. Schmiedeberg,
Villa Ida, I. Etage links.

Ein
Hengstfohlen,
braun, 5 Monate alt, zu ver-
kaufen. Hähnen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

Achtung!

Raufe

Zahngebisse

auch zerbrochene,

Platin,

Gold und Silber, außer Kurs gesuchte
Ringen.

Brennstifte

zahle die höchsten Tagespreise.
Einkauf Sonnabend den 29. November in
Dippoldiswalde, Hotel „zum goldenen Stern“.